



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE POLNISCHE LINKE

- | | |
|--|----|
| ■ ANALYSE | |
| Die polnische Linke auf der Suche nach der Zukunft
Wojciech Załuska, Warschau | 2 |
| ■ TABELLEN UND GRAFIKEN | |
| Die Ergebnisse der Linken bei den Sejmwahlen | 9 |
| Die Sonntagsfrage | 10 |
| <hr/> | |
| ■ CHRONIK | |
| Vom 03. März bis zum 16. März 2009 | 11 |

Die Herausgeber danken dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für seine Unterstützung.

Analyse

Die polnische Linke auf der Suche nach der Zukunft

Wojciech Załuska, Warschau

Zusammenfassung

Der Autor beschreibt und analysiert den überraschend schnellen Wiederaufstieg der polnischen Linken, die aus der *Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei* der Volksrepublik Polen entstanden war. Ihr Erfolg war in den 1990er Jahren eine Folge der Zerstrittenheit der Post-Solidarność-Parteien und des erfolgreichen Bemühens um demokratische Legitimation als Garant der Fortsetzung der liberalen Wirtschaftspolitik und Westintegration. Zahlreiche Korruptionsskandale in der zweiten linken Regierung (2001–2005) und der Richtungsstreit innerhalb der Partei läuteten den Niedergang der postkommunistischen Sozialdemokraten ein, führten zu Spaltungen und andauerndem Streit über die Grundausrichtung: Öffnung zur linken Mitte und zu Post-Solidarność-Gruppen oder Profilierung als traditionelle Linke mit sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen in Konkurrenz zu der konservativen und sozialpolitisch ebenfalls sensiblen *PiS*?

Die Wiederauferstehung der Linken Anfang der 1990er Jahre

Nach 1989 schien es zuerst, als sei die postkommunistische Linke zu einer Randposition verurteilt. Das sogenannte Post-Solidarność-Lager befasste sich mit der Reform des Landes. Die 1990er Jahre waren eine Zeit nicht endender »Kriege an der Spitze« zwischen unterschiedlichen Gruppierungen der polnischen Konservativen. Alle Versuche der Konsolidierung des konservativen Milieus endeten früher oder später mit einer Niederlage. Die Rechte erreichte weder die Einheit noch eine Vormachtstellung. Ihre Streitereien stärkten nur die postkommunistische *Demokratische Linksallianz* (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*). Diese hatte einige starke Blätter auf der Hand: Erstens die Rechte, die sich um die »Entkommunisierung« bemühte, womit sie ihre Gegner konsolidierte. Zweitens Aleksander Kwaśniewski als immer populärer werdendes Zugpferd. Drittens bewährte Strukturen – die Parteimitglieder waren in der Disziplin des kommunistischen Einparteiensystems geschult. Viertens Reformen, die die *SLD* diskret unterstützte, die aber nicht unter ihrem Namen firmierten. Im gesellschaftlichen Bewusstsein wurde die Linke also nicht mit den Schwierigkeiten der großen Transformation Anfang der 1990er Jahre identifiziert. Gleichzeitig profitierte sie aber von den Früchten der Reformen und von der Unzufriedenheit mit deren Verlauf. Die Linke war das Versprechen einer Erholungspause nach den schweren Zeiten des Umbruchs. Sie wurde mit dem Sozialstaat assoziiert, allerdings in der »volksrepublikanischen Ausgabe«. Die Post-Solidarność-Reformatoren, darunter Leszek Balcerowicz, zwangen zur Selbständigkeit, die *SLD* vermittelte die Hoffnung auf Hilfe vom Staat. Diese Hoffnungen waren so groß, dass alle Versuche, eine nicht-postkommunistische Linke zu begründen, mit einem Fiasko ende-

ten. Den wichtigsten Versuch unternahmen die ehemaligen Solidarność-Aktivisten Ryszard Bugaj und Zbigniew Bujak: Sie riefen die *Arbeitsunion* (*Unia Pracy – UP*) ins Leben. Ihr gelang es ein einziges Mal, in den Sejm einzuziehen; sie unterlag bald der Marginalisierung.

Die *SLD* war währenddessen eine etwas virtuelle Partei. Die Wähler bildeten sich über sie eine Meinung, indem sie eine Handvoll Führungskräfte beobachteten, politische Erstligisten, die vor dem Hintergrund der zerstrittenen Rechten eine gut funktionierende Mannschaft darstellten. Die Medien kümmerten sich nicht sehr um die *SLD*. Der Streit innerhalb der Rechten befriedigte den Bedarf der Leser und Fernsehzuschauer nach Politik vollständig.

Vor diesem Hintergrund stand die *SLD* um so strahlender da. Ihr positives Erscheinungsbild überdauerte die erste Regierung der *SLD* (1993–1997), die in die Phase der ersten guten Wirtschaftskonjunktur nach dem Ende des Kommunismus fiel. Sie beging in der Regierungsverantwortung keine groben Fehler. Zwar wurde zum Teil Schmutz hochgespült (beispielsweise wurde der Abgeordnete Ireneusz Sekuła des Kontaktes zur Unterwelt verdächtigt) und es wurde über die Eigentumsaneignung der *SLD*-»Nomenklatura« gesprochen, häufig aber fehlten konkrete Einzelheiten und Beweise. Wenn das Volkseinkommen steigt, ist das Wahlvolk verständnisvoll. Bedauern, dass die Linke die Konjunktur verfrühstückt, äußerten die Wirtschaftsexperten, nicht die Wähler. Auf der anderen Seite muss man zugeben, dass die *SLD* nicht vom Kurs abdriftete, den Balcerowicz der polnischen Wirtschaft verordnete. Sie bediente sich einer sozialen Rhetorik, aber mit den Stimmen ihrer Wählerschaft gestaltete sie eine Politik der Kontinuität und verteidigte in ihrer Regierungszeit die Wirtschaft vor ökonomischem Populismus. Dies ist eines der his-

torischen Verdienste von Aleksander Kwaśniewski. Ein weiteres war die Versöhnung der ehemaligen Aktivisten der *Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza – PZPR)* mit der III. Republik. »Kwaśniewski führte wie Moses sein Volk aus dem Kommunismus in die Demokratie«, fasste einer seiner Mitarbeiter, Zbigniew Siemiątkowski, diese Phase zusammen.

Kwaśniewski wurde dabei diskret von ehemaligen Oppositionsführern wie Adam Michnik (damals schon Chefredakteur der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza«) oder Bronisław Geremek unterstützt. Sie halfen ihm, sich vom Brandmal des Kommunisten zu befreien und dem Kreis der »Gründungsväter« des demokratischen Polen, aber auch dem Kreis der Verteidiger einer liberalen Demokratie und Wirtschaft sowie den Befürwortern der Integration mit der Europäischen Union beizutreten. Die Stärke der *SLD* unterstützte die Transformation. Der linke Politologe Rafał Chwedoruk hat recht, wenn er heute sagt, dass Kwaśniewski und anderen historischen *SLD*-Führern aufgrund der Erfahrungen der Volksrepublik mehr daran gelegen war, eine demokratische Legitimation zu erhalten als eine linke. Sie wollten überzeugen, dass sie echte Demokraten sind. Akzeptanz suchten sie in den Kreisen der großstädtischen Intelligenz, d.h. im liberalen Teil und der linken Mitte der ehemaligen demokratischen Opposition. Allerdings wurde diese politische Freundschaft in den 1990er Jahren nie aufgezehrt. Es entstand keine gemeinsame Partei. Die Biographien und die »regionalen Bande« wirkten zu stark.

Triumph und Niedergang

1995 gewann Kwaśniewski die Präsidentschaftswahlen. Im zweiten Wahlgang besiegte er knapp den legendären *Solidarność*-Führer Lech Wałęsa. Im Jahr 2000 gewann er erneut – bereits im ersten Wahlgang – gegen den *Solidarność*-Vorsitzenden Marian Krzaklewski. Die *SLD* verlor zwar 1997 die Regierungsverantwortung, bewahrte sich aber eine große gesellschaftliche Unterstützung. Ihr neuer – ebenfalls starker – Parteiführer wurde Leszek Miller. Die Polen, die der Regierungstätigkeit (1997–2001) des zerstrittenen Wahlbündnisses *Akcja Wyborcza Solidarność (AWS)* bald überdrüssig waren, störte es nicht, dass er als »Führer des postkommunistischen Apparats« galt. Lange vor den Parlamentswahlen 2001 war klar, dass die *SLD* an die Macht gelangen würde. Die Folgen dieser Erwartung waren zweierlei. Erstens musste Miller, der um mehr als 50 % der Stimmen kämpfte, sowohl zu den sozial Gesinnten als auch zu den Liberalen vordringen, zu den Gläubigen und zu den Atheisten. Er verzichtete also – wie frü-

her bereits Kwaśniewski – auf die traditionellen linken Anschauungen wie: Misstrauen gegenüber der Kirche, Kampf um die Liberalisierung des Abtreibungsrechts, Blick auf die Wirtschaft aus der Perspektive derer, die auf dem Markt schlechter gestellt sind. Er machte dies mühelos und erwies sich als Pragmatiker.

Ein zweiter Effekt der Umfrageerfolge war ein massenhafter Zustrom neuer Mitglieder. »Anfang der 1990er Jahre«, idealisiert diese Zeit der ehemalige Bildungsminister Jerzy Wiatr, »glaubte niemand, dass wir (die postkommunistische Linke, W.Z.) in absehbarer Zukunft an die Macht gelangen werden. Zu uns kamen zwei Arten von Menschen: Revisionisten aus der *PZPR* und Menschen mit kommunistischer Einstellung, die dafür kämpften wollten, dass diese Ideen nicht auf dem Müll landeten. Mit der Zeit wandten sie sich von der alten Orthodoxie ab und wurden Sozialdemokraten. Der *SLD* von Leszek Miller schlossen sich massenhaft diejenigen an, die von der Macht angezogen wurden.« Für die Plätze auf den Wahllisten standen die Anwärter Schlange. Nicht immer lief es fair ab. Die Phase der »Partei der Freunde« endete, es begann der Kampf um die Plätze. Die Wähler wussten davon nichts.

2001 erhielt die *SLD* 41 % der Stimmen. Vorher hatte sich keine Partei auch nur an ein solches Ergebnis ange nähert. Die *SLD* war auf dem Gipfel ihrer Stärke. Sie hatte einen beliebten Präsidenten, 216 Mandate im 460 Sitze zählenden Parlament und stellte den Ministerpräsidenten, Leszek Miller. So wie sie allerdings von 1993 bis 1997 gleich nach dem Ende der Wirtschaftskrise regiert hatte, so übernahm sie nun – 2001 – an deren Anfang die Verantwortung. Die Lage wuchs ihr über den Kopf. »Wir übernahmen das Land in einem noch schlimmeren Zustand, als wir erwartet hatten und wussten nicht, wo anfangen«, sagte der damalige Innenminister Krzysztof Janik. »Als wir uns auf die Regierung vorbereiteten, hatten wir uns vorgestellt, dass wir das Dilemma haben werden, ob wir die knappen Mittel für die Renten oder die Polizei zur Verfügung stellen sollen. Aber dann zeigte sich, dass man sowohl hier als auch da stark kürzen musste. Aus der Apathie hat uns erst die Europäische Union herausgeholt. Es mussten Gesetze und Erlasse vorbereitet werden. Es gab keine Diskussion, nun mussten die Ärmel aufgekrempt werden, sonst würde es schlecht werden. Es reichte, die Minister zu betrachten, die sich nicht für die Union engagierten. Sie trieben ab, wussten nicht genau, womit sie anfangen sollten, so hoffnungslos schien die Situation zu sein.«

Ein weiterer Mythos kippte, nämlich dass die Regierung der Sozialdemokratie »ein besseres Leben für die einfachen Leute« garantiert. Die mit der *SLD* sympa-

thisierende Tageszeitung »Trybuna« druckte Briefe von Rentnern ab, die über die Politik »ihrer Partei« empört waren. Und es sollte noch schlimmer kommen. Die von der AWS-UD-Regierung durchgeführte Reform der Selbstverwaltung brachte die Wähler näher an die Politik heran. Aus der Nähe waren die schmutzigen Seiten besser zu sehen. Die internen Streitigkeiten lösten den Beteiligten die Zunge. Es gab fast keinen Tag, an dem die Medien nicht Informationen über Affären mit SLD-Politikern brachten.

Eine erste Warnung waren die Kommunalwahlen im Jahr 2002. Die SLD gewann, aber weit unter den Erwartungen. In vielen Orten mussten die SLD-Mitglieder ihre Stellen in der Selbstverwaltung verlassen und neue Arbeit suchen. Die Partei erlebte einen Schock; es zeigte sich, dass ein Teil der Kernwählerschaft der Linken zu Hause geblieben war. Der vorher »Eiserner Kanzler« genannte Miller verlor die Kontrolle über die Partei. Die SLD hörte auf, eine Pyramide mit einem Kopf an der Spitze zu sein. Sie wurde eine Föderation verschiedener Gruppen und unterschiedlicher Interessen und verlor weiterhin an Unterstützung. Wenn sich die Krankheit ausbreitet, vermehren sich die Ärzte. Die Unruhe in der Linken dauert bis heute an.

Streit um die Marschrichtung

Eine der wichtigen Episoden war der Streit um die »Marschrichtung«. Miller zählte darauf, dass wenn die Krise vorbei ist, die SLD wieder zu 40 % Unterstützung zurückkehrt. Er entschied, den Mitte-Links Kurs beizubehalten. Dieses Mal traf er auf starken Widerstand bei den regionalen Aktivisten und bekam am eigenen Leib den Unmut der linken Wählerschaft zu spüren. Sie bestanden auf einem Linksruck, auf die Rückkehr zur »linken Tradition«. Die SLD fiel auseinander. Ein Teil der bekannten Politiker mit Sejmmarschall Marek Borowski an der Spitze verließ die Partei 2004. Sie gründeten eine neue Formation, die *Polnische Sozialdemokratie (Socjaldemokracja Polska – SdPl)*. In sie traten diejenigen ein, die sich in der »Partei der Affären« fehl am Platze fühlten bzw. solche, die die SLD als »Titanic« betrachteten. So gab es dann also zwei Linke. Die SdPl hatte allerdings nie große Wahlerfolge. Sie schwächte zwar die SLD, ersetzte sie aber nicht.

In der Zwischenzeit wurde die Freundschaft zwischen Ministerpräsident Miller und Staatspräsident Kwaśniewski immer rauer. Sie stritten sich dabei mehr um die Einflussosphäre (Miller marginalisierte Kwaśniewskis Leute in der Partei und der Politik) als um die politischen Ziele. Der Ministerpräsident setzte im Grunde Kwaśniewskis Politik fort. Im Jahr 2003 unterschrieb er

den Beitrittsvertrag zur Europäischen Union. Er stand auch unter dem Einfluss von linken Politikern, die sich mit einer liberalen Wirtschaft arrangiert hatten, wie Tony Blair. Er schlug sogar den linearen Steuersatz vor – und rief damit den Widerstand der SLD-Linken hervor, die fürchtete, dass die Partei die Wählerschaft aus der Mitte nicht gewinnt und die Linken verliert. Der Druck wuchs, den Ministerpräsidenten und SLD-Vorsitzenden abzulösen. Darauf drängten Staatspräsident Kwaśniewski und die Pragmatiker und Sozialdemokraten in der Partei. Miller war ein Stein, der die SLD nach unten zog. Irgendjemand musste für die Affären im Parteiapparat zahlen. Im März 2004 trat Leszek Miller vom Posten des Parteivorsitzenden zurück, zwei Monate später vom Amt des Regierungschefs. Neuer SLD-Vorsitzender wurde der ehemalige Generalsekretär Krzysztof Janik, ein hervorragender Organisator, einfallreicher Politiker, aber auch »einer von innen«, der die Partei von Grund auf kannte. Er war bestürzt von der schwachen Vorbereitung der SLD auf die Regierungsgeschäfte und der geringen Qualität der aktiven Mitglieder. Er wusste, dass die Linke von ihren Spaltungen geschwächt wird. Sein politischer Businessplan lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Man muss sich versöhnen, d. h. sich mit der SdPl von Marek Borowski einigen, man muss die Qualität der Linken anheben, d. h. sich mit den »Ethosträgern« der UD verständigen, aber auch die Prinzipien der Auswahl der Parteimitglieder ändern (z. B. direkte Wahlen der Selbstverwaltungsführung, was den Apparat zwingt, lokale Politiker aufzustellen und nicht die Parteilique), schließlich muss man der Jugend Gehör schenken. Zur Umsetzung all dessen muss ein Politiker gewonnen werden, der in der SLD, der SdPl und der UD, aber vor allem von den Wählern geschätzt wird.

Janik begann, mit Kwaśniewski zusammenzuarbeiten. Das, was er geplant hatte, konnte er nicht umsetzen. Nach neun Monaten verlor er den Parteivorsitz. Die Verteidiger des Status quo wählten Józef Oleksy. Dieser trat nach fünf Monaten wegen Problemen im Zusammenhang mit der Lustration zurück. Es näherten sich die Parlamentswahlen im Herbst 2005. Sogar die größten Konservativen in der Partei verstanden, dass »man etwas ändern muss, um zu überleben«. Janik trat wieder auf den Plan. Nicht in einer Führungsposition, sondern als Regisseur im Schatten. Er führte zwei junge, 30jährige Parteimitglieder ein, Wojciech Olejniczak, der sich in der Regierung Miller als Landwirtschaftsminister bewährt hatte, und Grzegorz Napieralski, über den zu hören war, dass er ein begabter Apparatschik sei. Olejniczak wurde Vorsitzender der SLD, Napieralski Generalsekre-

tär. Dank der jungen Führungskräfte sollten die Wähler die Mäander der alten Aktivisten vergessen und glauben, dass die »*SLD* neu geboren worden war«. Und die Wähler vergaßen, denn die *SLD* überstand die Krise (2005 gewann sie 11,31 % der Stimmen), und sie erinnerten sich, denn diese Wahlen änderten die Kräfteverhältnisse auf der politischen Bühne radikal.

Die Phase der großen Trauer in der Rechten kam zu einem Ende. Die herausragende Rolle spielten jetzt die konservative *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)* von Jarosław Kaczyński, die bei den Parlamentswahlen 2005 37 % der Stimmen erhielt, und die Mitte-Rechts-Partei *Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)* von Donald Tusk mit 24 %. Staatspräsident wurde der Bruder von Jarosław Kaczyński, Lech. Die *PiS*, so wurde gewitzelt, »stahl der *SLD* den Sozialismus«. Sie wurde Sprachrohr derjenigen, die auf dem Markt am schlechtesten zurechtkommen. Die *PiS* schuf eine rechte Wählerschaft.

In den 1990er Jahren stimmte die Bevölkerung am Wahlsonntag nach dem Kirchengang abhängig von der wirtschaftlichen Lage für die Rechte oder die Linke. Die Kaczyńskis verbanden den ihnen nahestehenden Ideen-Konservatismus mit linker Wirtschaftsrhetorik (nicht immer -praxis). Aus einem Teil der Katholiken rekrutierten sie ihre treue Wählerschaft. Mit ihrer Hilfe versuchten sie »die Revolution der *Solidarność* zu vollenden«. Dieses Mal sollte sie auf der Schwächung der liberalen und linken (wirtschaftlichen und meinungsbildenden) Eliten beruhen und auf der Abkehr von der liberalen Demokratie, beispielsweise durch die Stärkung der Rolle des Staates.

Zur linken Mitte oder zurück in den alten Hafen?

Die Angst vor der *PiS*, das schwache Wahlergebnis der *SLD* 2005 und das noch schwächere der *SdPl* von Marek Borowski und der *Demokratische Partei (Partia Demokratyczna – PD)*, der Rumpfnachfolgerin der *UD*, öffneten dem Plan von Krzysztof Janik aus dem Jahr 2004 Tür und Tor. Vor den Kommunalwahlen 2006 entstand mit Hilfe von Aleksander Kwaśniewski eine Koalition aus Linken und Demokraten (*Lewica i Demokraci – LiD*). Ihr traten die *SLD*, die *SdPl*, die *PD* und die *UP* bei. An ihrer Spitze stand Wojciech Olejniczak, Vorsitzender der stärksten Partei. Mit Krzysztof Janik an der Seite bereitete er den Boden für eine neue Mitte-Links-Formation. Den Genossen Miller schloss er aus, indem er dessen Start bei den Sejmwahlen nicht zustimmte. Die »Patrioten« der *SLD* schwächte er, z. B. entthob er den Chef der Parteistruktur in Schlesien, Zbyszek Zaborowski, der

Rechte eines Parteimitglieds: Er wollte nicht zugunsten von Andrzej Celiński aus der *SdPl* auf seinen Platz auf der Wahlliste verzichten. Die Mitte-Links-Koalition unterstützte Aleksander Kwaśniewski für ein politisches Comeback. Politisch hatte er bereits alles erreicht und es war ersichtlich, dass ihm die nötige Motivation fehlte. Die vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 sollten den Anfang seines politischen Ruhestands einläuten.

In der *SLD* gab es zu der Zeit vor den vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 viele Unzufriedene. Sie ärgerten sich, dass die *SLD* die ehemaligen Konkurrenten aus der *PD* rettete, in deren Kampagne Geld investierte und ihnen »ihre« Plätze im Sejm abtrat. Noch hielten die Frustrierten allerdings still.

Der Aufruhr begann nach den Wahlen 2007. Die *LiD* hatte mit 20 % Stimmen gerechnet und erhielt 13,15 %. Das Bündnis hatte sich nicht ausgezahlt. Die Zusammenarbeit mit der *PD* reizte die Wählerschaft der Mitte nicht. Nach Meinung der Frustrierten verschreckte sie vielmehr die linke Wählerschaft, die die Demokraten als Post-*Solidarność*-Partei immer noch mit den Mühen der Reformphase assoziierte. Darüber hinaus erwies sich die *LiD* als wenig taugliches Vehikel. Auf Ereignisse reagierte sie langsam, ihre Vorsitzenden zu wählen und Posten zu vereinbaren, war schwierig, häufig war sie uneinig, auch beim Thema Installation des amerikanischen Raketenabwehrschildes in Polen. Außerdem war der Gegner verschwunden, der das *LiD*-Parteienbündnis geeinigt hatte und ihm eine gemeinsame Mission gab: Die *PiS* hatte die Regierungsverantwortung verloren. Ins Zentrum der politischen Bühne, wohin die *LiD* gestrebt hatte, setzte sich nun stark und mächtig die *PO*.

Die »Patrioten der *SLD*«, die fanden, dass vor allem ihre Partei gekräftigt werden und man sich des Ballastes der *SdPl* und *PD* entledigen müsse, fühlten sich gestärkt. Anführer der Frustrierten wurde Grzegorz Napieralski, der engste Mitarbeiter von Wojciech Olejniczak. Während letzterer sich mit der *LiD* befasste, besuchte ersterer die lokalen Strukturen der *SLD*, heizte den Aktivisten ein und baute sich eine eigene Position auf. Es zeigte sich zum zweiten Mal nach dem Sieg von Józef Oleksy im Jahr 2004, dass die Angst vor einer Öffnung gegenüber neuen Kreisen das beste Öl für den Kampf um die Macht in der Partei ist. Napieralski unterstützten diejenigen, die in der *LiD* auf das Nebengleis geschoben worden waren, z. B. Miller und Zaborowski.

Um die Initiative an sich zu reißen, löste Wojciech Olejniczak die *LiD* kurz vor ihrem auf Mai 2008 festgelegten Parteitag auf. Siegesicher fuhr er hin – und

verlor. Grzegorz Napieralski erwies sich als der gewitztere Spieler. Nach Verkündung des Ergebnisses klopfte er Olejniczak auf die Schulter, der dessen Hand abschüttelte. Die beiden jungen Leader trennten die Emotionen und Ideen in Bezug auf die Linke. »Wojtek versteht sich besser auf den Staat, Grzegorz besser auf die Partei. Wojtek weiß mehr, Grzegorz kann mehr. Der erste unterhält sich gern mit Professoren, um etwas zu lernen. Der zweite geht lieber mit den Aktivisten auf einen Wodka«, charakterisierte ein *SLD*-Politiker die beiden jungen Führungskräfte.

Die Rollen hatten sich gewandelt. Jetzt war Napieralski Parteichef und Olejniczak – ihn herausfordernd – Fraktionschef – eine Doppelherrschaft. Sie unterschieden sich unter noch einem Aspekt. Olejniczak, der ehemalige Minister und Landwirt, denkt in den Kategorien des Staates und der Lösung von Problemen, Napieralski als Zögling des *SLD*-Apparats in den Kategorien der Partei. Auf dem Parteitag ging er gegenüber der *SLD* eine Verpflichtung ein mit dem Versprechen, die Partei aus dem Umfragetief herauszuholen. Diesem Ziel ordnete er alles unter. Grzegorz Napieralski ist auch ein Kind der Epoche der PR, die für ihn ebenso wichtig ist wie das Programm. Immer auf der Suche nach eingängigen Verkürzungen, nannte er sich der Reihenfolge nach einen Schüler Zapateros, Obamas, Naomi Kleins... Er setzt auf Expressivität, denn nur diese zieht die Medien an – und lenkt damit die Aufmerksamkeit der Wähler, der Konsumenten politischer Spektakel, auf die *SLD*.

Napieralski verkündet also, dass das Konkordat aufgekündigt werden müsse oder die Kreuze in staatlichen Institutionen abgenommen werden sollten. Anschließend vergisst er es, denn die Unterstützung wächst dadurch nicht. In einem ist er allerdings konsequent: Er versucht, die »fortschrittliche« Wählerschaft zu erreichen (denn seine Ratgeber überzeugten ihn, dass die Polen immer mehr zum Laizismus tendieren wie die westlichen Gesellschaften) sowie die »linke«. Die Krise bestärkt ihn in der Richtigkeit dieser Strategie. In den Firmen haben Entlassungen begonnen, und das ist erst der Anfang. In einigen Monaten wird die ausgezahlte Abfindung aufgebraucht sein und es beginnt das Drama der nicht getilgten Kredite, sagt er. Die *SLD* wird die Verlierer mit einem Programm empfangen, das noch im Entstehen begriffen ist. Napieralski fasst es so zusammen: Was der Staat für Euch tun kann, wenn wir regieren. Er möchte auch, dass Menschen wie der erwähnte Politologe Rafał Chwedoruk seine politische Intuition in der Sprache großer Ideen ausdrücken, was dieser auch tut. In der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« sagt der: »Im Westen beginnt die Rückkehr zu den linken Wurzeln,

zu einer größeren Rolle des Staates. Die Krise verstärkt diese Tendenzen, und Napieralski zieht daraus Konsequenzen. Er ist der Ansicht, dass das Ziel der *SLD* ist, eine linke Legitimation zu gewinnen. Er will aus der *SLD* eine gesellschaftlich sensible Partei machen, die die schwächeren Gruppen repräsentiert, denn er meint, dass soziale Konflikte künftig über die Dynamik des Streits in Polen entscheiden werden.«

Napieralski versucht also, die Politik, die von Kwaśniewski und Miller seinerzeit umgesetzt wurde, um »eine demokratische Legitimation zu erhalten«, wieder umzuorientieren. Tony Blair ist für ihn kein Vorbild mehr. Er setzt auf die *SLD* und die schlichte Aussage »wir sind die Linke«. Deshalb lehnt er alle Wiederholungen mit der *LiD* ab. Die Rückkehr zur Zusammenarbeit mit der »liberalen« *PD* würde die Wähler nur desorientieren. Aber die Wähler sind sowieso irritiert. »Gesellschaftlich sensibel« will auch die *PiS* sein. Um ihr den Sozialismus wegzunehmen, muss Napieralski oft mit den Brüdern Kaczyński zusammenarbeiten.

Das war der Fall in der Sejmdebatte über das Thema des Vorruhestands (die sogenannten Brückenrenten). In Polen kommen 1,1 Mio. (!) Personen in den Genuss dieser Regelung. Die Regierung von Donald Tusk (*PO*) entschied, diese Zahl radikal zu beschränken. Dabei traf sie auf den Widerstand der *PiS*. Präsident Lech Kaczyński blockierte das Gesetz der Regierung. Alle schauten daraufhin auf die *SLD*, denn ohne deren Stimmen war es weder möglich, das Gesetz durchzubringen noch es abzuschmettern. Napieralski verkündete, dass er das Präsidentenveto unterstützen werde. Er wollte bestätigen, dass er »gesellschaftlich sensibel« ist, das war für ihn das Wichtigste. Dabei stieß er auf den Widerstand des »Etatisten« Olejniczak. Der Fraktionschef überzeugte die *SLD*-Abgeordneten, dass die Brückenrenten beschränkt werden müssen. Napieralski verlor. Bei dieser Gelegenheit wurde offenkundig, dass die *SLD* heutzutage aus zwei Gruppierungen besteht, die über das Parteienfinanzierungsgesetz miteinander verbunden sind. Sie halten zusammen, denn der, der geht, verliert das Geld aus dem öffentlichen Haushalt und geht unter.

Napieralski setzt auf die jungen Parteimitglieder, für die er eine Führungskraft ist und nicht der Kumpel, und die begierig auf Siege sind, die der Partei einen neuen Impetus geben. In der Fraktion von Olejniczak sind viele ehemalige Minister, Leute, die wissen, was für eine große Mühe das Regieren sein kann, wenn der Staat schlecht organisiert ist. Sie sind deshalb geneigt, die Regierungsreformen zu unterstützen, im Austausch für »linke Korrekturen«. Napieralski dagegen sucht den

Konflikt mit der *PO*, denn ein Streit mit der liberal-konservativen Regierungspartei macht die linke Haltung glaubwürdig. Olejniczaks Anhänger halten eine solche Strategie für einen Fehler. »Wir finden keine Fürsprecher bei den rechten Wählern der *PiS*, wir finden sie aber in der gemäßigten *PO*-Wählerschaft der Mitte. Wir müssen dieser zeigen, dass wir verantwortlich handeln, damit sie zu uns kommen, denn die Krise wird die *PO* schwächen«, sagen sie. »Aber mit dem Ziel, mit der geschwächten *PO* eine Koalition im Sejm zu bilden.« Die Politik von Napieralski zwingt die *SLD* in die Isolation.

Die innerparteilichen Fraktionen von Olejniczak und von Napieralski haben auch unterschiedliche Konzepte für die Linke. Ersterer stehen weiterhin die Ideen der *LiD* nah, einer gemischten Gruppierung: Olejniczak wollte eine gemeinsame Liste für das Europäische Parlament. Napieralski wählte den politischen Darwinismus. »Um die Wahlkampagne für das Europäische Parlament zu finanzieren, braucht man ca. 15 Mio. Zloty. Nur wir haben sie«, sagt einer seiner Mitarbeiter, sicher, dass allein die *SLD* die nächsten Wahlen überleben wird. Derzeit hat die *SLD* einen Konkurrenten in der Linken, die Mitte-Links Gruppierung *Abkommen für die Zukunft* (*Porozumienie dla Przyszłości*). Sie ist in aller Eile vor den Europawahlen aus den Trümmern der *LiD* mit Politikern der *SdPl* und der *PD* aus der Taufe gehoben worden. Für sie firmieren der ehemalige Außenminister Dariusz Rosati, der frühere Verteidigungsminister Janusz Onyszkiewicz und der Ex-Sejmmarschall Marek Borowski.

Programmatisch stehen sie Olejniczak nahe. Sie haben jetzt allerdings keine Zeit sich mit einem Programm zu befassen, weil die Europawahlen (7.6.2009) praktisch vor der Tür stehen. Mit der *SLD* rivalisieren sie also um bekannte Namen. Sie suchen Organisatoren, die in der Lage sind, Strukturen aufzubauen (daher der Vorschlag zur Zusammenarbeit an den aus der *PO* herausgeworfenen Paweł Piskorski), und Geld für den Wahlkampf. Piskorski wurde allerdings Chef der *Demokratischen Partei* (*Stronnictwo Demokratyczne – SD*), die keine Bedeutung hat, aber als »Blockpartei« von vor 1989 zahlreiche Immobilien besitzt, auf die Hypotheken aufgenommen werden können. Kritiker werfen dem *Abkommen für die Zukunft* vor, dass es eine Eintagsfliege sei, und manchen aus ihrer Führung, z. B. Rosati und Onyszkiewicz, dass sie es gegründet hätten, um nach Straßburg zurückzukehren. Nach den Wahlen würden sie das *Abkommen* vergessen. Möglich ist es, es muss aber nicht eintreten. Hinter den »alten Recken« stehen die Jungen, Wojciech Filemonowicz und Michał Syska aus

der *SdPl*, Brygida Kuźniak aus der *PD* und schließlich Paweł Piskorski, der seine politische Chance sucht. Sie werden im Land bleiben und das politische Geschäft ankurbeln. Die Frage, was für eine linke Mitte das zwischen Syska und Piskorski werden soll, eröffnet einen programmatischen Abgrund. Hauptregisseur wird wohl eher Piskorski werden, denn er ist im Kreis dieser Politiker der betriebsamere. Wer wird die Rivalität von *SLD* und *Abkommen für die Zukunft* für sich entscheiden? Es könnte auch sein, dass beide untergehen.

Linke Intellektuelle am Rande des Rings

Außerhalb des Parteirings läuft sich gerade ein neuer Wettkämpfer warm, der 30jährige Sławomir Sierakowski aus dem Umfeld der Zeitschrift »Krytyka Polityczna«. Er nimmt nicht an der Tagespolitik teil, will sie aber beeinflussen, indem er auf dem sterilen linken Feld neue, häufig aus dem Westen importierte Ideen sät und das eigene Umfeld stärkt. Vor allem spricht er junge Engagierte an, die frei von den Traumata der Volksrepublik sind. Um die »Krytyka Polityczna« und ihre Diskussionsklubs herum beginnt sich eine neue Generation der polnischen Linken zu sammeln, für die die Fehler und Entartungen der Volksrepublik so weit entfernt sind wie die Inquisition für die Christen. Rechte und Linke treffen sich hier übrigens. Als er »Krytyka Polityczna« begründete, orientierte sich Sierakowski an dem zehn Jahre älteren Projekt der sogenannten »Pampers-träger«, einer Gruppe junger Konservativer um Wiesław Walendziak. Sowohl die einen als auch die anderen konzentrierten sich auf die »vopolitische Sphäre« der Axiologie, Kultur, Ideologie etc. Sie versuchten, die kreativsten rechten bzw. linken Publizisten, Künstler, Wirtschaftswissenschaftler, Manager etc. unter ihren Altersgenossen um sich zu gruppieren, d. h. eine Gruppe zu etablieren, die in Zukunft auf die Medien, Wähler, Politiker, den Zeitgeist und die Ereignisse Einfluss nehmen wird. Gleichmaßen versuchten Walendziak die rechte Wählerschaft und Sierakowski die linke Wählerschaft von ihren konservativen bzw. sozialdemokratischen Ansichten mit jugendlicher Arroganz zu überzeugen. In einem Interview erklärt Sierakowski: »Es gibt heutzutage keine polnische Linke, die die Erfahrungen der Krise amortisieren könnte, denn es gibt keinen Platz für sie im kollektiven Bewusstsein.« Sierakowskis Ehrgeiz ist es, dieses kollektive Bewusstsein zu begründen. Walendziak verzichtete auf die Politik und ging in die Wirtschaft. Sierakowski ist ausdauernder. »Wir haben vor kurzem mitgeteilt, dass wir Praktikanten suchen, die wir in das Projekt und das sich vergrößernde Netz der Diskussionsklubs der »Krytyka Polityczna« integrie-

ren wollen. Wir bekamen so viele Bewerbungen, dass wir sie nicht einmal alle lesen können. Heute ernten wir die Früchte, dass es uns gelang, den interessantesten Teil des kulturellen Milieus politisch zu engagieren. Es zeigte sich, dass das der beste Weg ist, um die jungen Menschen zu erreichen, die der polnischen Parteipolitik distanziert gegenüber stehen.«

Ein *SLD*-Abgeordneter sagte, dass Sierakowski mit seinen jungen Linken ein Orchester ausbilde, das eines Tages für die *SLD* spielen werde. Sierakowski entgegnet: »Zurzeit beobachten wir, dass sich die besten Leute aus der *SLD* in den Kleinstädten in den entstehenden Klubs der »Krytyka Polityczna« engagieren. Ich weiß nicht, ob die *SLD* eine Zukunft hat, aber ich weiß, dass auf der Linken eine Zukunft vor uns liegt.« Denkt er an eine neue, eigene Formation? Wahrscheinlich hat er sich noch nicht entschieden. Überzeugt ist er aber sicherlich davon, dass die Linke, wie sie derzeit besteht, nichts taugt. Auf ihrem Schutt kann eine bessere entstehen. »Unabhängig von den Konfigurationen bei der

europäischen und der nationalen Wahl werden die Linken eher keinen Erfolg haben. Die Situation der Linken wird bis zum Verwechseln ähnlich an die Zeit erinnern, als die Rechte auseinanderbrach und sich ein neues Projekt abzeichnete«, prognostiziert Sierakowski.

Senior Krzysztof Janik ist auch der Meinung, dass dies nötig sei: »Der bisherige Begriff der polnischen Linken als Gemeinschaft ähnlicher Biographien, als Generationenbande, als Ideen, die vor allem aus der Zeit der Transformation erwachsen sind, hat sich erschöpft. Die Linke muss neu definiert werden. Sie muss neu aufgebaut werden, um ein Programm und politische Ideen herum.« Aleksander Kwaśniewski behauptet, dass Sławomir Sierakowski die Zukunft der polnischen Linken sei. Wenn er dies wirklich sein will, muss er seine jugendliche Arroganz ablegen. Ansonsten würde sich die Prognose über die Übernahme des Orchesters durch die *SLD* bewahrheiten.

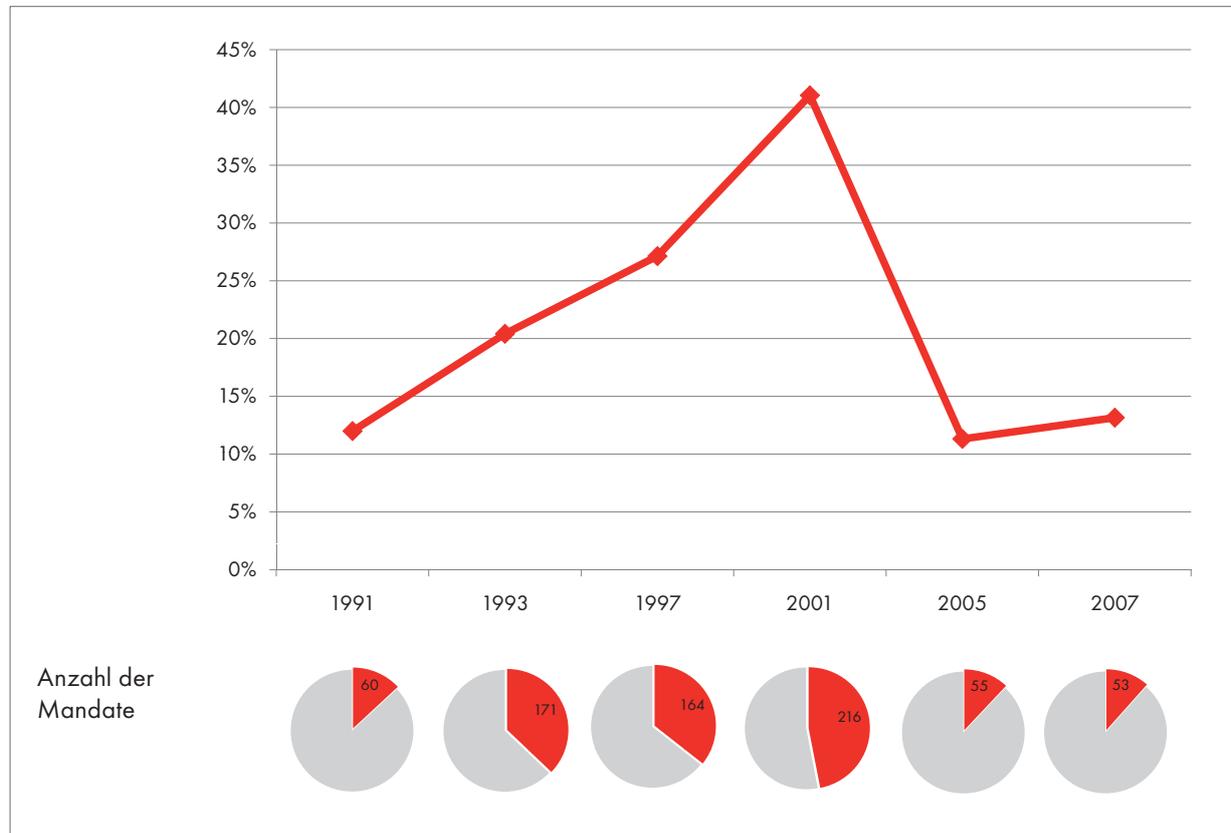
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Wojciech Załuska (*1959) arbeitet als Journalist in Warschau. In den 1980er Jahren war er Redakteur der Untergrundzeitschrift *WOLA*; von 1989 bis Januar 2009 Publizist in der Abteilung Politik der *GAZETA WYBORCZA*. Zurzeit Redaktionssekretär der *WIADOMOŚCI KAI* (Nachrichten der Katholischen Informationsagentur). Seine Beiträge erscheinen weiterhin auch in *GAZETA WYBORCZA*.

Tabellen und Grafiken

Die Ergebnisse der Linken bei den Sejmwahlen



	Linke im Parlament vertretene Parteien	Stimmen (%)	Mandate (von 460)
1991	SLD	11,99 %	60
1993	SLD	20,41 %	171
1997	SLD	27,13 %	164
2001	SLD-UP	41,04 %	216
2005	SLD	11,31 %	55
2007	LiD	13,15 %	53

SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej (Demokratische Linksalianz); UP – Unia Pracy (Arbeitsunion); LiD – Lewica i Demokraci (Linke und Demokraten), Wahlbündnis aus: SLD, SdPl – Scjaldemokracja Polska (Polnische Sozialdemokratie), PD – Partia Demokratyczna (Demokratische Partei) und UP.

Quellen:

Für die Jahre 1991, 1993, 1997:

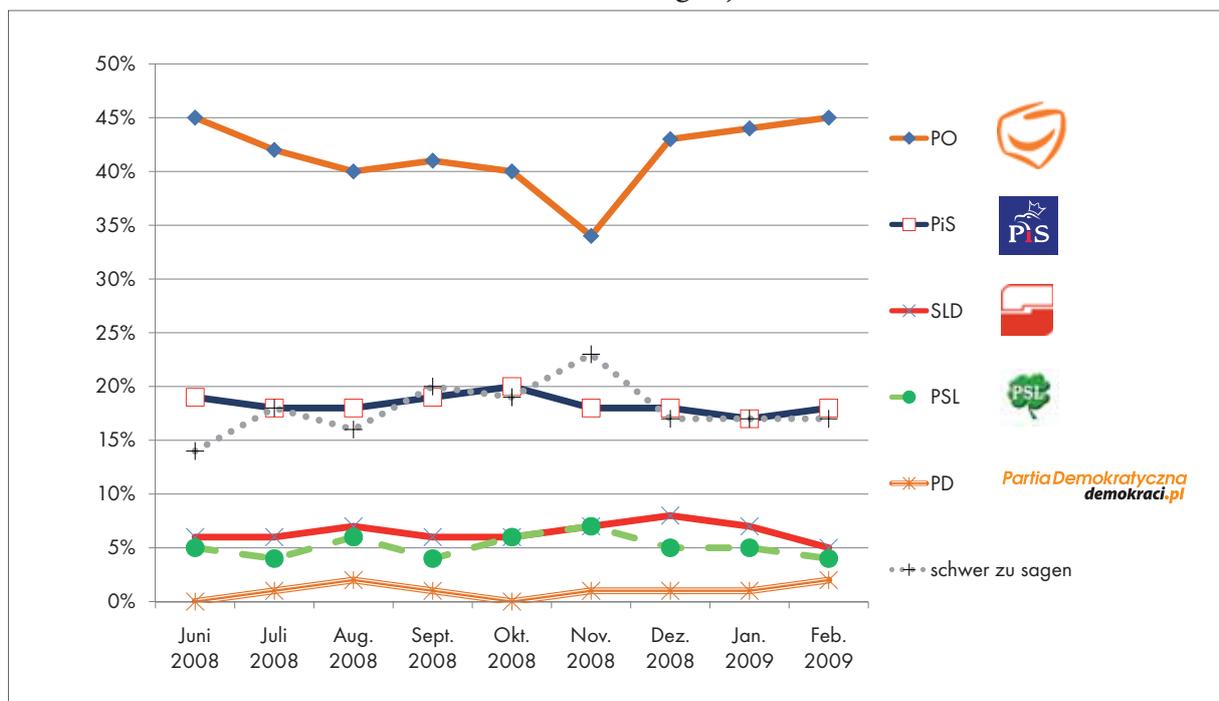
Radosław Markowski (red.): Wybory parlamentarne 1997. System partyjny, postawy polityczne, zachowanie wyborcze, Warszawa 1999, S. 234.

Für die Jahre 2001, 2005, 2007:

Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission], www.pkw.gov.pl

Die Sonntagsfrage

Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Sejm- und Senatswahlen wären?



	Juni 2008	Juli 2008	Aug. 2008	Sept. 2008	Okt. 2008	Nov. 2008	Dez. 2008	Jan. 2009	Feb. 2009
PO	45 %	42 %	40 %	41 %	40 %	34 %	43 %	44 %	45 %
PiS	19 %	18 %	18 %	19 %	20 %	18 %	18 %	17 %	18 %
SLD	6 %	6 %	7 %	6 %	6 %	7 %	8 %	7 %	5 %
PSL	5 %	4 %	6 %	4 %	6 %	7 %	5 %	5 %	4 %
LPR	1 %	2 %	2 %	1 %	2 %	2 %	1 %	1 %	3 %
PD	0 %	1 %	2 %	1 %	0 %	1 %	1 %	1 %	2 %
KPEiR	2 %	1 %	3 %	2 %	1 %	1 %	2 %	1 %	1 %
Partia Kobiet	2 %	2 %	15	2 %	1 %	2 %	1 %	1 %	1 %
Prawica	0 %	1 %	0 %	0 %	1 %	0 %	0 %	0 %	1 %
Samoobrona	2 %	2 %	1 %	1 %	1 %	1 %	2 %	1 %	1 %
UPR	1 %	1 %	1 %	0 %	1 %	1 %	0 %	1 %	1 %
andere	1 %	0 %	0 %	1 %	2 %	1 %	1 %	1 %	1 %
schwer zu sagen	14 %	18 %	16 %	20 %	19 %	23 %	17 %	17 %	17 %

PO – Platforma Obywatelska (Bürgerplattform); PiS – Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit); SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej (Demokratische Linksallianz); PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe (Polnische Bauernpartei); LPR – Liga Polskich Rodzin (Liga der Polnischen Familien); PD – Partia Demokratyczna (Demokratische Partei); KPEiR – Krajowa Partia Emerytów i Rencistów (Landespartei der Pensionäre und Rentner); Partia Kobiet (Frauenpartei); Prawica Rzeczypospolitej (Republikanische Rechte); Samoobrona (Selbstverteidigung); UPR – Unia Polityki Realnej (Union für Realpolitik)

Quelle: COS/BS23/2009: Preferencje partyjne w lutym [Parteipräferenzen im Februar], Warszawa 02/2009, www.cbos.pl

Chronik
Vom 03. März bis zum 16. März 2009

03.03.2009	Der Gesundheitsausschuss des Senats ruft dazu auf, bei allen Schwangeren eine obligatorische HIV-Untersuchung durchzuführen. Derzeit wird diese Untersuchung Schwangeren aus sogenannten Risikogruppen empfohlen. Der stellvertretende Gesundheitsminister Marek Haber unterstreicht, die Untersuchung sollte mit der Einwilligung der Frauen durchgeführt werden.
04.03.2009	Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) und CDU-Politikerin Erika Steinbach zieht ihre Kandidatur für den Rat der Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« zurück. Frau Steinbach war vom BdV für einen der drei ihm zustehenden Plätze nominiert worden. Hintergrund war die zunehmende Kritik polnischer und deutscher Politiker an der Kandidatur. Ministerpräsident Donald Tusk begrüßt die Entscheidung, die er auf die Diplomatie des Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten beim Ministerpräsidenten, Władysław Bartoszewski, zurückführt, und lobt die Bereitschaft der deutschen Seite, die polnischen Argumente zu hören. Staatspräsident Lech Kaczyński äußert sich positiv über den Rückzug, wiederholt aber zugleich seine ablehnende Haltung gegenüber dem Projekt.
05.03.2009	Die Regierung benennt den ehemaligen Ministerpräsidenten und Politiker der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Włodzimierz Cimoszewicz, als Kandidaten für den Posten des Generalsekretärs des Europarats.
06.03.2009	Außenminister Radosław Sikorski schlägt in Absprache mit Staatspräsident Lech Kaczyński die ehemalige Außenministerin Anna Fotyga für den Posten der Botschafterin Polens bei den Vereinten Nationen vor.
06.03.2009	Ministerpräsident Donald Tusk ruft zur Debatte über die Gesetzesentwürfe zur In-vitro-Fertilisation, Organentnahme nach dem Tod und Euthanasie auf. Der Vorsitzende der Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość), Jarosław Kaczyński, kritisiert dies als Stellvertreterdebatte. Vor der Regierung stünden angesichts der Wirtschaftskrise wichtigere Aufgaben.
07.03.2009	In Warschau findet der erste Parteitag der Republikanischen Rechten (Prawica Rzeczypospolitej) unter dem Vorsitz des ehemaligen Sejmarschalls Marek Jurek statt. In seiner Programmrede kritisiert Jurek die Entmündigung der Sejmabgeordneten durch ihre eigenen Parteien. Das derzeitige Wahlrecht müsse geändert und die staatliche Parteienfinanzierung aufgehoben werden. Des Weiteren hebt er den Grundsatz seiner Partei hervor, die Zivilisation des Lebens und die Rechte der Familie zu schützen. Dafür bedürfe es u. a. der Ausweitung der Menschenrechte auf den Zeitpunkt ab der Empfängnis sowie staatlicher Unterstützung und wirtschaftlicher Erleichterungen für Familien.
08.03.2009	Der Fraktionsvorsitzende der Regierungspartei Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Zbigniew Chlebowski, teilt mit, dass zurzeit angesichts der Wirtschaftskrise keine Entscheidung über die Erhöhung der Renten- und Gesundheitsbeiträge getroffen werde. Möglicherweise werde dies aber nach einer Zwischenbilanz des diesjährigen Haushalts im April/Mai erwogen.
09.03.2009	Bei einem Treffen von Staatspräsident Lech Kaczyński mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso werden vor allem die Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen für Europa thematisiert. Beide Politiker heben das Solidaritätsprinzip der EU bei der Krisenbekämpfung hervor. Des Weiteren bekräftigt Kaczyński, dass Polen kein Hindernis im Ratifizierungsprozess des EU-Reformvertrags von Lissabon sein werde, wenn das Referendum in Irland erfolgreich abgeschlossen wird.
09.03.2009	Der stellvertretende Vorsitzende der Polnischen Sozialdemokratie (Socjaldemokracja Polska – SdPi), Bartosz Dominiak, teilt mit, dass für die Wahlen zum Europaparlament ein Wahlbündnis aus SdPi, der Demokratischen Partei (Partia Demokratyczna – PD) und den Grünen 2004 (Zieloni 2004) gebildet wird.
10.03.2009	Die polnische Bischofskonferenz bestätigt den bisherigen Amtsinhaber Erzbischof Józef Michalik als ihren Vorsitzenden.
12.03.2009	Auf einer Pressekonferenz nimmt der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak (Polnische Bauernpartei/Polnie Stronnictwo Ludowe – PSL) zu Vorwürfen Stellung, die die Tageszeitung »Dziennik« am Vortag veröffentlicht hat, dass er öffentliche Gelder an Gesellschaften weitergeleitet habe, die von seiner Lebensgefährtin und von Bekannten kontrolliert werden. Seine Tätigkeiten seien transparent, daher habe er nichts zu befürchten. Ministerpräsident Donald Tusk (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) habe alle diesbezüglichen Informationen erhalten. Die Regierungskoalition aus PO und PSL sei durch die Anschuldigungen nicht bedroht.

12.03.2009	Anlässlich des 10. Jahrestages des Beitritts Polens zur NATO betont Verteidigungsminister Bogdan Klich auf der zweitägigen internationalen Konferenz »Die NATO – Herausforderungen und Aufgaben« in Warschau, dass der Beitritt endgültig den Status Polens als Subjekt in Sicherheits- und Verteidigungsfragen konsolidiert habe. Staatspräsident Lech Kaczyński stellt heraus, dass der polnische NATO-Beitritt das Kapitel der Teilung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg abgeschlossen habe. Beide Politiker sprechen sich für eine Erweiterung des Bündnisses um die Ukraine und Georgien aus. Dies liege nicht nur im Interesse des jeweiligen Landes, sondern auch der Europäischen Union und der NATO, so Kaczyński.
13.03.2009	Auf der zweitägigen Konferenz der NATO in Warschau hebt Ministerpräsident Donald Tusk hervor, dass die Solidarität der Bündnismitglieder, wie sie in den Statuten festgelegt ist, der wichtigste Wert der NATO sei. Auch wenn Polen keine Großmacht sei, wolle es nicht nur Hilfe in Anspruch nehmen, sondern auch anderen helfen. Darüber hinaus spricht sich Tusk abermals für eine Erweiterung der NATO und eine starke politische Führung der Organisation aus.
15.03.2009	Die Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) stellt das gemeinsame Programm des Wahlbündnisses der Partei der Europäischen Sozialisten (Partia Europejskich Socjalistów) für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni vor. Polen wird in diesem Bündnis von der SLD und der Arbeitsunion (Unia Pracy – UP) repräsentiert. Marek Siwiec, Vizepräsident des Europäischen Parlaments und SLD-Mitglied, weist darauf hin, dass das Programm u. a. eine stärkere Kontrolle des Finanzsektors, einen größeren Schutz der befristet Beschäftigten und die Förderung der internationalen Verständigung der Gewerkschaften vorsieht.
16.03.2009	Außenminister Radosław Sikorski spricht sich dafür aus, die Sanktionen der EU gegenüber Belarus aufzuheben. Hintergrund ist u. a. die Versammlung des Bundes der Polen in Belarus (Związek Polaków na Białorusi), die am Vortag ungestört von den belarussischen Behörden in Grodno stattfand. Ziel des Bundes ist die Anerkennung als in Belarus legal wirkende Organisation.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für seine Unterstützung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusminister der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2009 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen